

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,30 Reichsmark, für achtstellige 0,35 Reichsmark, für den Ausland 0,50 Reichsmark. Die 10 mm breite Zeile kostet 0,15 Reichsmark, für achtstellige 0,20 Reichsmark. — Die Briefgebühren für Zusendungen betragen 0,10 Reichsmark. — Für die Anfertigung von bestimmten Texten und Bildern kann eine Gebühr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 R. Mark bei freier Zustellung durch den Postboten.
Bezugspreis für 12 Monate 12 R. Mark, für die Auslandsendung monatlich 1 R. 15, Fremdwährungen im Juliende wöchentlich 0,90 Reichsmark, nach dem Einzelnummern 10 R. Pfennig, Auslandsendung 1,20 Reichsmark.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7951, 2 7952, 2 7953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach Dresden 2060
Abonnenten-Verzeichnis (siehe Rückseite) werden mehr veröffentlicht noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erfüllung des entsprechenden Anspruchs.

Nr 295

Freitag, 18. Dezember 1925

XXXIII. Jahrg.

Dr. Koch gibt seinen Auftrag zurück

Kein Kabinett vor Weihnachten? — Ein Ministerium der Mitte unter Führung Luthers wahrscheinlich
Die Folgen des rechtsradikalen Hefffeldzugs

Der Attentatsplan gegen Stresemann

B. Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)
Wir hatten vor einiger Zeit berichtet, daß gegen Dr. Stresemann von rechtsradikaler Seite ein Attentat geplant sei. Jetzt teilt die „Völkische Zeitung“ mit, daß es gelungen ist, ein Komplott gegen den Außenminister aufzudecken. Die bräunliche folgende Einzelheiten: Ein verheimlichter Arbeiter, namens Kaliborski, der Sohn eines höheren Beamten, hat im Verein mit einem Komploten, dem Bureauhilfen Lorenz, dem Sohn eines Oberstudienrates, der Arbeiter schon mehrere Male im Innenministerium interniert war, die Einzelheiten des Plans vereinbart, der u. a. ein Einbringen von Gift, Verkleidungen und ein bereitgestelltes Automobil vor sah, um die Täter in Sicherheit zu bringen. In diesem Stadium der Planung gelang es, ein Brief Kaliborski an einen vermeintlichen Bekannten in die Hände der Polizei, die nunmehr zur Verhaftung der beiden Attentäter schritt und die dem Minister vorstellte. Dieser hat bei ihrer Vernehmung den Plan abgelehnt, doch es ist nicht am die Verhaftung spanischer Leute handelt, sondern daß die die Tat durchzuführen geschickten. Ein dritter Teilnehmer, ein Maschinenbauer, wird noch gesucht.

Es könnte vielleicht heute geben, die Dr. Stresemann für schlimmer als ein Raubmörder hielten.“ Die hohe berattene journalistische „Echtheit“ wird durch die Entdeckung der politischen Polizei offenkundig.
Man kann, wie über viele politische Dinge, über Vorkurs verschiedene Meinungen sein — aber zwischen einer sachlichen, wenn auch leidenschaftlichen Ablehnung und der vor rechts seit dem Bekanntwerden des Vertrages inszenierten Hege gegen die verantwortlichen Minister ist ein sehr großer Unterschied. Es zeigt von dem Niedergang und der Verwilderung der politischen Taten, daß von rechts jeder, der anderer Meinung ist, nicht als ein deutscher Volksgenosse betrachtet wird, der sein Vaterland ebenso liebt wie die Rechte der Nation, sein Wohl nur auf anderem Wege und mit anderen Mitteln sucht, sondern als ein Vaterlandsverräter, der bewußt deutsches Land und deutsches Volk in die Sklaverei des Auslandes verkauft und damit ein moralisch todemündiges Verbrechen begeht.

Diese Hege hat ja in der letzten Zeit nicht einmal vor Hindenburg halbgemacht, der in flatter Erenntnis dessen, was Deutschland im gegenwärtigen Augenblick am dringendsten tut, seinen Namen unter das den Vertrag verfassende Reichsbesetz schrieb. Der General Ludendorff hat in dem nunmehr eingegangenen „Völkischen Kurier“ den Reichspräsidenten als eine „Gefahr für den nationalen Willen“ dargestellt und erklärt, Hindenburg und seine Minister „würde ein für allemal lebend gewordenen Volk treffen“. Die deutschnationalen Parteiführer müssen sich in großen und langwierigen Kämpfen in der Parteipresse bemühen, den Reichspräsidenten, dem ihre Wähler noch vor wenigen Monaten bedingungslos anhängten, vor derartigen verlogenen Angriffen zu schützen, die die Worte seines Handels anlegen.

Aber der Hauptangriff der Radikalen richtete sich auf den Minister, den man als den Exponenten der letzten deutschen Außenpolitik ansieht, auf Dr. Stresemann. Die gegen ihn inszenierte Hege ist nach genau denselben Methoden organisiert, wie einst die gegen Rathenau, die Deutschland einen seiner größten Männer kostete und das deutsche Volk in das Elend der Inflation warf. In der „Medienbürger Partei“, einem in Norddeutschland niedergelassenen Organ der Rechtsradikalen, wurde Stresemann als „Verräter und Betrüger“ hingestellt und von der „Dummheit und Erbarmlichkeit deutschen Narrentums“ gelobt, das ihm noch vertraue.

In einem andern Artikel des gleichen Blattes heißt es in einer Kampfsprache an die Regierung wörtlich: „Wir treten in den Kampf ein um Tod und Leben. Es kann ein Lebensdrücker, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden, bis die Entscheidung fällt. Nur müssen wir Tag für Tag das Waffenhandwerk lösen in einem Geiste voll Gah und letzten Entschlusses. Schonen wir keinen mehr von drüben, keinen mehr von drüben der fahrenden, vorkämpfenden Männer. Sprechen wir lauthals zu den Verführten des großen Vagabunden in Taten und Worten von einer Sprache und Einseitigkeit, die gebietet werden muß, die wirzen muß.“
Wie sie wirkt, zeigt der aufgedeckte Attentatsplan einiger Narren gegen den Reichsaussenminister. Den Gipfelpunkt erreicht diese Hege aber nicht in der Presse, sondern im Zwischenstand des Bayerischen Landtags, wo der nationalsozialistische Abgeordnete und Bergwerksdirektor Wagner mit gungiger Kraftfähigkeit wörtlich erklärte: „Ich könnte es versuchen, wenn ein ausgelegener Giftpilz-Verfälscher Dr. Stresemann über den Hausen schleichen würde.“

Mit den Worten und Gewalttatpredigern, die, wenn das Verbrechen, das sie empfehlen und das Unglück geschehen ist, ihre Hände in Unschuld waschen, muß endlich fester Prozeß gemacht werden. Wenn mit der Immunität der Verbrecher, der mit dem Staatsanwalt!

Neue Handelsvertragsverhandlungen mit Griechenland

B. Berlin, 17. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)
Die griechische Regierung hat die kürzlich von ihr angekündigte Kündigung des durch Notenwechsel vom 8. Juli und 15. Mai 1925 abgeschlossenen deutsch-griechischen vorläufigen Handelsabkommens wieder zurückgezogen. Beide Regierungen sind bereit, demnächst in Verhandlungen über den Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages einzutreten.

Das Mein der Sozialdemokratie

WTB. Berlin, 17. Dezember. (Amtlich.)
Der Reichsminister a. D. Dr. Koch berichtete heute vormittags 11 Uhr dem Reichspräsidenten über seine Verhandlungen, aus denen sich ergeben habe, daß die Große Koalition zur Zeit nicht möglich sei, und daß deshalb dem Reichspräsidenten den ihm erteilten Auftrag zur Kabinettsbildung wieder zurück. Der Reichspräsident dankte dem Abgeordneten Koch für seine mühselige Arbeit, die, wenn sie auch kein positives Ergebnis hatte, doch wesentlich zur Klärung der politischen Lage beigetragen habe.

Die letzte Besprechung mit den Parteiführern

VDZ. Berlin, 17. Dezember. Wie das Reichsministerium des Innern deutscher Zeitungsverleger mitteilt, war die heutige Parteiführerbesprechung unter dem Vorsitz des Abgeordneten Dr. Koch nur von kurzer Dauer. Am Schluß der Sitzung wurde folgender Beschluß angenommen: In der heutigen abschließenden Parteiführerbesprechung gab der Abgeordnete Müller-Herzen (Zos.) nachstehende Erklärung ab:

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erkennt an, daß der Abgeordnete Koch, dessen republikanische und demokratische Integrität außer Zweifel steht, sich auf das ehrliche Bemühen hat, für eine Regierung der Großen Koalition eine Basis zu finden, die für die Sozialdemokratie, das Zentrum, die Demokraten und die Deutsche Volkspartei annehmbar ist. Die Fraktion will jedoch schließlich, daß durch das mangelnde Entgegenkommen der Deutschen Volkspartei, besonders in sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die in diesem Winter überaus dringend sind, diesen Bemühungen kein Erfolg beschieden war. Selbst zum Protzmann des Abz. Koch hat die Deutsche Volkspartei jede Zielvereinbarung verweigert. Die Fraktion kann in der Normalperiode, die ihr auf Grund der Besprechungen der Parteien neuerdings vorliegt, einer solchen Grundidee für die Bildung einer Regierung der Großen Koalition nicht erliegen.“

Das Zentrum erklärte, daß es sich auf den Boden der Richtlinien gestellt habe. Die Deutsche Volkspartei erklärte gleichfalls, daß sie zwar an einigen Stellen Bedenken zu erheben habe, sich trotzdem aber auf den Boden der Richtlinien stellen könne. Diefelbe Erklärung wie das Zentrum gab die Demokratische Partei ab. Der Abgeordnete Leidi erklärte für die Deutsche Volkspartei, daß sie von einer endgültigen Stellungnahme absehe. Der Abgeordnete Dr. Koch stellte daraufhin fest, daß die Bemühungen um die Errichtung der großen Koalition gescheitert seien. Er wird seinen Auftrag alsbald dem Reichspräsidenten zurückgeben.

Warum Kochs Plan Scheiterte

B. Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)
Im Reichstag wurden bereits in den letzten Abendstunden die Aussichten für das Zustandekommen der Großen Koalition pessimistischer als noch am Vortage beurteilt. Unter Berücksichtigung des letzten Endes die Widerstände innerhalb der Sozialdemokratie, die doch als unüberwindlich erweisen würden, hat nunmehr durch die Haltung der sozialdemokratischen Unterhändler bei der gestrigen gemeinsamen Besprechung der Fraktionen ihre Bestätigung gefunden. Es war schon am Vormittag ersichtlich, daß in der sozialdemokratischen Fraktion der Teil die Überhand bekommen hat, der den Eintritt der Partei in eine Koalitionsregierung auf jeden Fall verhindern möchte. Nur so ist es zu erklären, daß in der Konferenz Hermann Müller plötzlich mit Forderungen hervortrat, die über die vom „Vorwärts“ mitgeteilte als Mindestprogramm abgehandelten Beschlässe vor vorigen Woche weit hinausgehen.

Die pessimistischen Propaganden, die man an diese Haltung der sozialdemokratischen Unterhändler knüpfte, wurden in späteren Nachstunden durch den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion bestätigt. Dieser Beschluß erklärt, daß die Sozialdemokratie in dem Ergebnis der gestrigen Verhandlungen keine geeignete Grundlage für die Bildung einer Großen Koalition erblickt. Der Beschluß wird heute bei der Besprechung den beteiligten Fraktionen überreicht werden.

Dieser Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion kommt wohl für keinen unvoreingenommenen Beobachter der politischen Lage überraschend. Nachfolgend ist letzten Endes wohl die Befürchtung der sozialdemokratischen Führer geweckt, daß sie bei Übernahme der Verantwortung in einem „Winter sozialen Mißverhältnissen“ Gefahr liefen, ihren Einfluß auf die Massen an die Kommunisten zu verlieren. Wie das „N. Z.“ mitteilt, soll sich in der Fraktionsführung der Vorsitzende des Reichsbanners, Oberpräsident Köhler, vergebens für die Große Koalition eingesetzt haben. Nach dem „Vorwärts“ ist es das Ministerium gegen die Volkspartei gewesen, das schließlich an dem abtrocknenden Beschluß führte. In den Kreisen der Demokraten und des Zentrums ist man durch diesen Beschluß sehr verärgert worden, obwohl man sich eigentlich von vornherein hätte sagen können, daß das Experiment zur Zeit aussichtslos war. Der „Völkische Zeitung“ meint, die Sozialdemokratie werde sich dem Vorwurf nicht erparieren können, daß sie sich negativ eingestellt hat, wo positives Handeln am Platze gewesen wäre. Koch scharf geht das Zentrum, die „Vorwärts“, mit den Sozialdemokraten ins Gericht; sie müßten ihnen die Hauptschuld am dem Scheitern der Verhandlungen bei und wirft ihnen vor, daß sie von vornherein die Große Koalition nicht ernstlich gewollt hätten. „Der Verfall ist“, wie das Zentrum organs zusammenfassend schreibt, „unpolitisch und unfähig und läßt in bedauerlichem Maße das staatsbürgerliche Verantwortungsdenken vermissen. Ihr Scheitern gegen die einzeln mögliche Regierungsbildung ist ein Schlag gegen die Republik und das parlamentarische System.“

Was wird nun weiter geschehen? Reichsminister a. D. Koch dürfte, da seine Mission nach dem abtrocknenden Beschluß der Sozialdemokraten als beendet angesehen werden muß, unmittelbar nach der heutigen Parteiführer-Besprechung, der nur noch formale Bedeutung zukommt, seinen Auftrag an den Reichspräsidenten zurückgeben. Es hat große Wahrscheinlichkeit für sich, daß die Verhandlungen über die Regierungsbildung zunächst brüskiert werden, weil das Plenum des Reichstages bekanntlich morgen oder übermorgen in die Ferien gehen wird und die Ferienwünsche der Abgeordneten — das ist nun einmal in Deutschland so — dem Verlangen des deutschen Volkes nach einer aktionsfähigen Regierung natürlich vorgehen — d. Red.). Der Reichspräsident wird wie man annimmt, dann erst im Januar wahrscheinlich Dr. Luther wieder mit der Kabinettsbildung beauftragen. In den Vordergrund rückt nun wieder die Kombination eines Kabinetts der Mitte, Zentrum und Demokraten haben sich zwar gegen eine Beteiligung an einer solchen Regierung ausgesprochen. Sie dürften sich aber wohl kaum mehr an ihren Fraktionsabstimmung abhalten, nachdem durch die Abgabe der Sozialdemokraten eine neue Situation geschaffen ist. In dem demokratischen Kreisen wurde jedoch die vorzeitige ausschließliche Festlegung der Fraktion auf die Große Koalition als taktisch falsch und unfähig empfunden.

Wißungener Fluchtversuch der Gememörder

B. Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)
In der Nacht vom Montag zum Dienstag unternahm, wie der „Völk. Zeitung“ aus Kandahar a. d. Warthe berichtet wird, die im dortigen Landgerichtsgefängnis seit einigen Monaten wegen Mordverdachts verbesserten Mitglieder der ehemaligen „Schwarzen Reichsmehr“, der Oberleutnant Schulz, Feldwebel Alapocret, Oberführer Glatzer und Unteroffizier Schieber, einen Fluchtversuch, der aber mißlang. Sie überfielen den Wächter, konnten indes vergeblich überwältigt werden. Man nimmt an, daß der Plan von langer Hand vorbereitet war und daß auch Gelbhafer dazwischen stand.

Ueberfall auf einen Schriftsteller

B. Berlin, 17. Dezember. (Eig. Drahtbericht.)
Ein in Lichtenberg wohnender Schriftsteller, der sich in der letzten Zeit mit der Aufführung der Gememörder beschäftigt haben will, soll nach dem „N. Z.“ gestern Abend auf dem Wege nach seiner Wohnung von mehreren Männern angefallen und durch einen Schlag verletzt worden sein. Anzeiger hat der Ueberfallende bisher nicht erhaltet. Die politische Polizei ist bemüht, den Vorkommnis aufzuklären.

294
Hagen
Rückkehr
Rum
brände
Hagen
straße 9
straße 9
straße 6
angen,
oni
schenke
Bestecke,
ka-Silber,
l-Damen- und
Küchen
Neustadt
Holsatia
epfel
eckung
Holsatia
epfel
eckung
Holsatia
epfel
eckung